

# Die Sozialdemokratie lehnte die Amnestie ab!

Am letzten Reichstag aber zeigte es sich, daß es sich hier nur um eine der vielen unverantwortlichen Wahlversprechungen der sozialdemokratischen Führer, wie bei dem Fall des Panzerkreuzers sowie der Kinderpreisungen gehandelt hat. Der Antrag der kommunistischen Fraktion, wie proletarischen politischen Gefangenen freizulassen, wurde in Einheitsfront von SPD mit den bürgerlichen Parteien abgelehnt. In ihrem unausweichlichen Dukt gegen die revolutionären Arbeiter lehnten die Sozialdemokraten auch einen weiteren Antrag ab, der den langjährigen im Justizhaus sitzenden Proletariern die Freiheit gebracht hätte. Sie begründeten ihre Haltung damit, daß sie es nicht verantworten könnten, die Mordmörder frei zu lassen.

## SPD-Braun amnestierte die Mordmörder

Wie verlogen diese Begründung war, und daß sich diese Stellungnahme der Sozialdemokratie einzig und allein gegen die verhassten Kommunisten richtete, zeigt die Tatsache, daß unter Führung der sozialdemokratischen Präsidentschaft am 14. Dezember 1929 die vier an dem Mordmord Wilms beteiligten Mordmörder, Oberleutnant Benn, der zum Tode verurteilt war, Schürmann, Stein und Schenk, freigelassen wurden.

Für den bestialisch ausgeführten Mord haben sie insgesamt 24 Jahre Gefängnis abgeleistet.

## Zwei ganze Mordmörder sitzen

Um ihre betrügerische Haltung zu vertuschen und die Arbeiter zu verwirren, gehen sie jetzt im Lande hantieren, verbreiten Flugblätter, in denen sie die Freilassung haben, die gemeine Behauptung aufstellen, die Kommunisten seien für die Freilassung der Mordmörder. Das ist schon deshalb unwahr, weil ja gerade die Sozialdemokratische Partei bereits, wie wir zeigten, alles für die Freilassung dieser Arbeiterinhalte getan hat.

## 3337 Arbeiter 1930 entlassen

Während die SPD-Mordmörder aber nichts schreiben, das ist die Tatsache des ungeheuren politischen und Justizterrors gegen die im Lohn und Brot kämpfende Arbeiterklasse. Bis zum Monat August hat allein 3337 Arbeiter unter Anklage gestellt, Hunderte zu Gefängnis- und Justizhausstrafen verurteilt worden.

## 65 000 Mark monatlich zahlt die Rote Hilfe

für Redeschon an die verhafteten Arbeiter, für die Unterstützung der Hinterbliebenen der von Polizei und Justizterror ermordeten Arbeiter, sowie für die Familien der verhafteten Arbeiter. Das ist die Bilanz des Polizeifaschismus im Mordparadies Deutschland.

## Kämpft für die Vollamnestie!

Die Mordmörder wurden, wie wir nachwies, mit Hilfe der famosen sozialdemokratischen Führer freigelassen. Nicht amnestiert aber wurden unter vielen anderen folgende revolutionäre Arbeiter:

Rudolf Margis, seine Strafe wurde im Widerspruch zum Wortlaut des Amnestiegesetzes statt auf 5 Jahre und 1 Monat auf 7 1/2 Jahre bemessen.

Emil Gädeler, Reichstagskandidat der Kommunistischen Partei, statt Amnestie — 6 1/2 Jahre Gefängnis.

Ernst Peterzen, verurteilt bei der Abwehr konterrevolutionärer Rüstung, im Widerspruch zum Amnestiegesetz wurde keine Strafe statt auf 7 1/2 Jahre auf 12 1/2 Jahre Gefängnis bemessen.

Karl Peters, zu lebenslänglichem Justizhaus verurteilt, auf ihn wurde das Amnestiegesetz überhaupt nicht angewandt. Bis zu seinem Tode soll er im Kerker seine revolutionäre Gesinnung verbergen.

Weitere Tausende von Arbeitern wurden eingesperrt und warten auf ihre Befreiung!

## Kort mit den sozialdemokratischen Amnestiebetrügern!

Angeht es nicht, so lassen sich es ein offener Betrug der Sozialdemokratie an der Arbeiterklasse, von einem Amnestiehandel der Kommunisten im Reichstag zu sprechen, der die Anhebung der Strafmaßnahme einzelner kommunistischer Reichstagsmitglieder zum Ziel hatte. Und so hat ihre Haltung nur dazu gedient, daß die Mordmörder durch Einzelbegnadigungsakte der Justiz freigelassen wurden, während die revolutionären Arbeiter wieder um die Hoffnung einer Amnestie betrogen worden sind.

Selbst ein so hübschliches Blatt, wie der „Dortmunder Generalanzeiger“, schreibt am 15. Juni d. J.:

„Auch wir stehen auf dem Standpunkt, daß, wenn mit der Mordmörderamnestie wieder einmal die politischen Verbrechen von rechts mit schändernder Hand ausgelöscht werden, nun endlich die längst notwendig gewordene Amnestierung der links gerichteten politischen Gefangenen erfolgen muß.“

## An der Sozialdemokratie ist die Amnestie gescheitert!

Gemeinsam mit der Roten Hilfe, die es bei der Aufbringung der großen Geldmittel zur Unterstützung für die von der Klassenjustiz und Polizei verlassenen Arbeiter und ihre Familien zu stärken gilt, muß der Kampf geführt werden! Allein die Kommunistische Partei war es, die unermüdet alle Mittel für die Befreiung der proletarischen politischen Gefangenen eingelegt hat.

## Keine Stimme den SPD-Mordmördern und der Halentzweifler!

Die proletarischen politischen Gefangenen rufen:

Macht uns frei — Kämpft für die Amnestie!  
Wählt Liste 4! Kommunistische Partei!

# Die tägliche Wahllüge

## Schmutzige SPD-Lügen über die rote Kandidatin Hanna Sandner

Die Sozialdemokratie macht es sich zur Aufgabe, die Reichstagskandidatin der KPD mit den schmutzigsten und gemeinsten Anschuldigungen zu verkommen. U. a. hat sie auch die Reichstagskandidatin der KPD, die Genossin Hanna Sandner, in der sozialdemokratischen Presse als Polizeispionin hingestellt. Zu den gemeinen Verleumdungen erklären wir folgendes:

Die Genossin Sandner, geb. Ritter, ist seit zwölf Jahren Mitglied der Partei. Während ihrer Tätigkeit in Bayern war sie, wie alle anderen Kommunisten, den ungläubigsten Schikanen der Polizei ausgesetzt. 1921 wurde sie wegen „Beteiligung an der Vorbereitung des Mitteldeutschen Aufstandes“ zu 15 Monaten Festungshaft verurteilt, wovon sie 12 Monate im Frauengefängnis Althaus abschließen hat. Gerade dieser Prozeß veranlaßte damals sogar die SPD Bayerns, in mehreren Landtagskammern Beschlüsse einzutragen gegen dieses Terrorurteil. Der Verteidiger in diesem Prozeß war ein bekannter Münchner Rechtsanwalt der SPD. Niemals ist die Genossin Ritter, wie die SPD Presse behauptet, von der Münchner KPD-Mitgliedschaft als Polizeispionin verdächtigt worden. Es ist auch nicht „merkwürdig“, daß die Genossin Ritter in Berlin als Genossin Sandner „auftauchte“, da bekanntlich in Deutschland durch Heirat der Name der Frau geändert wird.

Unter dieser Heberdämmerung verbreitete die Sozialdemokratische Partei vor den Wahlen 1928 ein von Hugo Ehrlich, Geschäftsführer der Arbeiterbewegung, Göttingen gegen die Kommunisten herausgegebenes Flugblatt, in dem es u. a. heißt:

Die sozialdemokratische Reichstagskandidatin ist bis zur letzten Stunde für die Amnestierung der kommunistischen Opfer eingetreten. Sie wird auch im neuen Reichstag dafür eintreten!

# Biehischer Nazi-Überfall auf Max Hoelz

## Hitlers Nordparolen gehen in Erfüllung / Massenfront gegen Faschismus! Betriebswehren! Stärkung der Antifa!

Falkenstein i. V., 10. September. (Eigene Drahtmeldung.)

Genosse Max Hoelz, der sich auf einer Versammlungslotus in Sachsen befindet, wurde gestern abend in Bad Elster im Versammlungslotus auf der Bühne von Nationalsozialisten überfallen und wüthend mißhandelt. Genosse Hoelz liegt in Falkenstein, wohin er gebracht wurde, besinnungslos da nieder. Ein besonders rohes Gewissen haben die Nazis in Bad Elster, sie lehnten die Behandlung des besinnungslosen und schwer mißhandelten Genossen Max Hoelz ab.

Dieser feige Überfall auf den Genossen Hoelz ist planmäßig vorbereitet worden. Die Nationalsozialisten hatten schon am Nachmittag in Privatautomobilen und auf Motorrädern mindestens 150 bis 200 ihrer Nordkolonnen aus der ganzen Umgebung zusammengeholt, den Genossen Max Hoelz in der Versammlung in Bad Elster, das durch und durch faschistisch ist.

Zum Protest gegen den feigen Mordüberfall auf Max Hoelz findet heute 19.30 Uhr im Reglerheim, Dresden, eine Kundgebung statt. Arbeiter Dresdens, heraus zur Massenkundgebung!

zu überfallen. Es waren 24 Genossen von Frauen mit dem Genossen Hoelz gekommen zur Leitung der Versammlung und zum Vertrieb von Material. Diese Genossen waren zum größten Teil an dem Saaleingang beschäftigt, während das Lokal so dicht gefüllt war, daß der Genosse Hoelz vorzeitig, die Tische zu entfernen, damit mehr Platz werde.

Die mordlustigen Faschisten hatten sich inzwischen an die Bühne gedrängt und

schlugen dem Genossen Hoelz ein schweres Bierglas auf den Kopf. Dann warfen sie ihn zu Boden und trampelten in wüthender Weise auf ihm herum. Nun wurden auch die anderen Genossen angegriffen. Bier von ihnen auch schwer verlegt. Hauptächlich wurden sie am Kopf und im Gesicht verlegt. Der Genosse Hoelz hatte große Wunden erlitten im Kopf, die noch nicht alle entfernt worden sind. Er befindet sich bei einem Genossen in Falkenstein.

Die Polizei hat sich nicht sehen lassen. Als der Polizeikommissar aufgefordert wurde, die Nazis aus dem Lokal zu entfernen, erklärte dieser Mann lakonisch: Die Arbeiter sollen sich „nur beruhigen“, er müsse außerdem auf Verhütung warten. Als endlich die Polizei ankam, waren die Faschisten ausgebreitet.

begann die Polizei unsere Genossen zu verprügeln. Sobald die Nazis das merkten, kamen sie wieder und schlugen gemeinsam mit der Polizei auf die Arbeiter ein.

Dieser feige Überfall, der von den Nationalsozialisten planmäßig vorbereitet wurde, zeigt, daß die Hitler und Mussolini die eigenen Schwierigkeiten innerhalb der NSDAP durch verstärkten blutigen Terror gegen die Arbeiter überwinden wollen. Deswegen dieser hinterhältige Angriff auf führende Funktionäre der KPD.

Dieser feige Überfall einer gewaltigen Hebermacht auf einige wenige Kommunisten zeigt aber auch, daß die Arbeiter verhalten die Abwehr gegen die faschistischen Vordringen organisieren müssen, daß es notwendig ist, die Versammlungsleiter der KPD vor solchen feigen Überfällen zu schützen, daß es notwendig ist, die antifaschistischen Betriebswehren zu stärken, um dem Faschismus sein blutiges Handwerk zu legen.

# Das „dritte Reich“ ein stinkender Pfuhl

## Betrug, Urkundenfälschung, Korruption der Nazis

Gotha, den 11. September.

In Gotha, wo die Nationalsozialistische Partei die ganze städtische Verwaltung in der Hand hat, ist eine ungeheure Korruption in der Stadtkasse entdeckt worden. Die nationalsozialistischen Beamten haben sich Gehaltsvorschuße im Laufe der Jahre von über 2000 Mark (Schmidt) und weit über 1000 Mark (die beiden anderen) zahlen lassen. Neben der offiziellen Vorschußliste, die alle Monate dem Stadtkassier zur Prüfung vorgelegt wird, haben sich die Schmidt und Kompanie noch eine zweite Liste angelegt. Alle Zinsen dieser Machinationen sind in den Händen des Schmidt zusammengekommen.

Betrug und Urkundenfälschungen seitens der NSDAP-Beamten sind also die „Segnungen des dritten Reiches“. Wir haben erst vor kurzem berichtet, daß gerade in Gotha die faschistische Verwaltung als erste die Regiersteuer Nummer zwei einführt. Die Nazis brauchen also nicht nur für Young, sondern auch für sich selbst Geld. Und diese Banditen, die um ihres persönlichen Vorteiles willen die amtlichen Funktionen besetzen, wagen es, die Werkstätten bis aufs Fernste auszulündern und auf ihren Plakaten und in Versammlungen über die Korruption anderer zu wettern. Gotha, Koblenz und Ingolstadt, überall, wo Faschisten in Amt und Würden traten, entleert in kurzer Zeit ein stinkender Korruptionspfuhl, das ist das „dritte Reich“.

# 70000-Mark-Prolet wirft 1500 Berkehrsarbeiter aufs Pflaster

Berlin, 10. Sept. (Eig. Drahtbericht.)

Der Oberpräsident von Berlin hat der Entlassung von 1500 Arbeitern der Berliner Verkehrs-Gesellschaft zugestimmt, die von der Prolet-Direktion der BVG beantragt worden war. Zu gleicher Zeit soll neben den Massenentlassungen ein rigoroser Vorkurs durchgeföhrt werden. Die BVG hat schon diesbezüglich mit der Gewerkschaftsbürokratie Verhandlungen eingeleitet.

1500 Berkehrsarbeiter werden aufs Pflaster gemorfen, aber SPD-Prolet verfügt weiter über ein Jahres Einkommen von 70 000 Mark.

# Dorpmüllers Denunzianten

## Geheimrundschriften der EDE-Bürokratie fordert Kennung oppositioneller Eisenbahner, um sie zur Entlassung zu bringen

Wir erhalten Kenntnis von folgendem geheimen Rundschreiben des Einheitsverbandes der Eisenbahner:

Einheitsverband Oppeln.  
Rundschreiben Nr. 16/30. Geheim.

An alle Ortsverwaltungen des Einheitsverbandes und Bezirksvorstandsmitglieder — je besonders — Werte Kollegen!

Soweit uns vertraulich bekanntgeworden ist, beabsichtigt die Reichsbahnhauptverwaltung auch im Rangierdienst außer den bereits bekanntgegebenen Beförderungsmassnahmen noch weitere Entlassungen resp. Entlassungen vorzunehmen. Wir bitten, uns umgehend Listen der dort im Rangierdienst beschäftigten Kollegen einzurichten, damit wir zum Schutze unserer Mitglieder entsprechende Massnahmen treffen können. Unsere Kollegen sind in den Listen mit einem Bleistiftkreuz zu kennzeichnen.

Wir bitten dringend, dieses Schreiben geheim zu behandeln. Die Bezirksleitung, Hr. Blättermann.  
Montag, den 29. September, vorm. 1/8 Uhr, eine Prot.

# Massenzustrom zu unserer Partei!

Wie uns von der Bezirksleitung der KPD Sachsen berichtet wird, erklärten allein im Monat August 679 Arbeiter und Arbeiterinnen ihren Beitritt zur Partei. Die Bezirksleitung Sachsen begrüßt die neuen Kämpfer in ihren Reihen und hofft, daß sie tüchtige Mitstreiter werden. Die Ortsgruppe der KPD Ebersbach i. Sa. teilt mit, daß das Sammelziel von 150 RM, das der Ortsgruppe gestellt war, erreicht ist und nun in den nächsten Tagen noch überschritten wird.

tionsführung im Gasthaus zur Eisenbahn, Ecke Zimmerstraße, betreffs Ausschüttung der Betriebskrankenkasse.

Dieses Geheimschreiben offenbart die ganze Niedertracht der sozialfaschistischen Gewerkschaftsführer. Sie haben in Dresden sich rücksichtslos gespalten und ganze Disziplinen zerlegt. Nun kämpfen sie nicht im geringsten gegen die Entlassungen. Ihre einzige Tätigkeit besteht darin, der Eisenbahnerverwaltung die oppositionellen Eisenbahnerkennntlich zu machen, damit diese entlassen werden.

Das sind faschistische gelbe Methoden! Eisenbahner! Leistet dem Massenabstand Widerstand, ihr! euch um die revolutionäre Gewerkschaftsopposition, kämpft gegen das verheerliche sozialfaschistische Vorgehen!

Und am 14. September stimmt für die Kommunistische Partei, Liste 4!

# Rudolf Renner MdL

spricht Donnerstag in Hammers Hotel Augsb. Str.

**Kommunismus ist die einzige Rettung**

# Das nennt sich Jungsozialist

Freiberg, den 10. September.

Die Jungsozialisten in Freiberg verhinderten durch Heranziehen der Polizei eine gründliche Diskussion mit dem Leiter der SPD-Führer. Unter förmlichem Protest der Versammlung beschimpfte der Referent Karl Liebknecht. Der KPD bereist am Donnerstag, den 11. September, 20 Uhr, in der Union in Freiberg eine öffentliche Tagung zur Verurteilung ein, zu der der Jungsozialist Wend und der Führer der Hiltzerjugend, Schmidt öffentlich herausgefordert werden. Freie Redezeit ist ihnen zugesichert. Wir berichten morgen eingehend.

# Straßenkämpfe in der argentinischen Hauptstadt

## Revolutionssanal in den Südkontinenten des Dollar-Imperialismus

Neuquén, 10. September. (Eigene Drahtmeldung.)

In Buenos Aires brachen gestern schwere Straßenkämpfe aus, die bis in die Nacht andauerten. Das Signal zum Kampf gab das Erscheinen eines Flugzeuges, das über die Versammlungsfestier kommunistische Flugblätter abwarf, in denen zum Sturz der Regierung des Hefters Urburu aufgefordert wurde. Ein Flugzeug, das die Befreiung des Miter'saters aufnahm, wurde von unbekannter Seite abgeschossen und kurzzeitig brennend ab. Spontan bildeten sich gewaltige Demonstrationen von Arbeitern und Studenten, die sich durch die Hauptstraßen der Stadt bewegten.

Als die Regierungstruppen Feuer auf die Demonstranten eröffneten, führten die Massen Waffen aus den Häusern und Polizeikazernen und rissen die Waffen an sich. Barrikaden wurden aus dem Boden. Heiße Straßenkämpfe entbrannten.

In Wittenberg nahm nach einem Referat über den Steuerstreik der kommunistischen Kommunalfunktionäre, das der Genosse Rybart, Mitglied des Magistrats von Wittenberg, hielt, eine Entschliessung an, die erklärt, den Steuerstreik zu unterstützen und vor allem denselben in den Betrieben durchzuführen.